

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Dr. Martin Runge, Renate Ackermann, Eike Hallitzky, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Ruth Paulig, Barbara Rütting, Maria Scharfenberg, Adi Sprinkart, Simone Tolle** und **Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Niedergang und Zerschlagung der Schneider AG - Bericht und Aufklärung über die „Sanierungsaktivitäten“ von Staatsregierung und LfA

Der Landtag wolle beschließen:

Anlässlich der Bekanntgabe der Einstellung der Produktion bei der Schneider Electronics GmbH in Türkheim wird die Staatsregierung aufgefordert, über die jüngste Entwicklung und das letzte Engagement von Staatsregierung, Arbeitsverwaltung und anderen zur Rettung von Arbeitsplätzen im Raum Türkheim/Mindelheim zu berichten, vor allem aber endlich an der Aufklärung der völlig missglückten „Sanierungsaktivitäten“ von Staatsregierung und LfA mitzuwirken.

Begründung:

Ende Januar 2005 schließt das chinesische Unternehmen TCL, Übernehmer von „Assets“ (Produktionsanlagen, Bestände und Markenrechte) der in Insolvenz gegangenen Schneider Technologies AG (ST) und Schneider Electronics AG (SE), die Produktion (genauer: die Montage) bei Schneider in Türkheim im Unterallgäu. Etwa 60 der zuletzt ca. 115 in Türkheim beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz. Noch vor gut drei Jahren waren knapp 700 Leute bei ST und SE in Türkheim beschäftigt. Spätestens seit diesem Sommer gab es klare Hinweise über die bevorstehende Einstellung der Produktion in Türkheim. So hatte TCL den Mietvertrag zum entsprechenden Stichtag nicht verlängert. Auch ist kein Geheimnis, dass TCL seit der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens mit dem französischen TV-Riesen Thomson im letzten Jahr die Fertigung in Deutschland zur Umgehung der ansonsten fälligen EU-Antidumping-Zahlungen nicht mehr braucht. Trotzdem stellte sich die Staatsregierung bis zuletzt unwissend, auch gegenüber dem Parlament.

Das letztgenannte Verhalten der Staatsregierung passt ins Bild, schließlich übte sich die Staatsregierung auch bisher in der Causa Schneider-Niedergang und -Zerschlagung u.E. einerseits in Schönreden, andererseits in Verschweigen und Vertuschen. Selbst parlamentarische Anfragen wurden u.E. teils falsch, teils unzureichend bzw. gar nicht beantwortet. Auch dieses ist u.E. wiederum nicht so verwunderlich. Schließlich waren die „Sanierungsaktivitäten“ von Staatsregierung und LfA, der landeseigenen Förderbank, so angelegt, dass sie von Anfang an keinen Gewinn für das Unternehmen und seine Mitarbeiter bringen konnten. Im Gegenteil: Staatsregierung und LfA sind u.E. mitverantwortlich am Niedergang und an der Zerschlagung der Schneider Technologies AG und ihrer Töchter Schneider Electronics AG und Schneider Laser Technologies AG. Millionen an Steuergeldern wurden u.E. in den Sand gesetzt. Selbst die Europäische Kommission ermittelt hier wegen unzulässiger Beihilfen. Von der Bayerischen Forschungsförderung wurden ca. neun Millionen Euro bewilligt und ausgezahlt, scheinbar ohne dass man sich darum gekümmert hätte, wohin die Gelder eigentlich fließen. Der Insolvenzverwalter in Gera hat jetzt gute Chancen, entsprechende Rückforderungen aus Bayern abwehren zu können.

Die LfA hatte sich in den letzten Jahren massiv in die Besetzung leitender Positionen bei Schneider wie auch in Fragen der Unternehmensführung eingemischt. Der Schneider-Vorstandsvorsitzende, bei dem jetzt LfA und Staatsregierung alle Schuld an den Fehlleistungen bei Schneider festmachen, war dezidiert von der LfA ins Unternehmen geholt worden. Die staatliche Förderbank, zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig Großaktionärin und Gläubigerin bei Schneider, ließ diesem Herrn sogar finanzielle Zuwendungen außerhalb der Vorstandsbezüge und außerhalb der auf der Hauptversammlung beschlossenen Gratifikationen in Form von Aktien aus dem eigenen Bestand zukommen. Es handelte sich hierbei um ein „Aktienoptionsprogramm der ganz besonderen Art“. Kriterien, die die Ausübung der Optionen erlaubten, waren die Steigerung der Marktkapitalisierung, positive Ergebnisse aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit und aus dem operativen Geschäft bei der SE sowie der Erhalt eines wesentlichen Produktionsstandortes in Bayern, wobei die Steigerung der Marktkapitalisierung das Kriterium war, das dem Begünstigten den größten Aktienzufluss ermöglichte.

Weitere schwerwiegende Vorwürfe wie etwa die Aufforderung, Bestellungen trotz Liquiditätsnotstandes nicht zu stornieren, konnten nicht entkräftet werden. Nicht einmal vor der Verbreitung u.E. geschönter Zahlen und viel zu optimistischer Meldungen wurde zurückgeschreckt. Über mehrere Kapitalerhöhungen zwischen Herbst 1998 und Frühjahr 2000 konnten noch einmal knapp 100 Millionen Euro frisches Kapital ins Unternehmen geholt werden. Dieses Geld war für die Letztanleger dann schnell verloren, während gleichzeitig die Gläubigerbanken ihre eigentlich faulen Kredite zumindest partiell heilen konnten. Verlierer der Schneider-Pleite sind die Arbeitnehmer, die Steuerzahler und viele Anteilseigner. Hier hat es nicht zuletzt die vielen Kleinanleger getroffen, die im Glauben an die Teilhaberin und Börsenprospektverantwortliche LfA Förderbank Bayern und im Vertrauen auf die u.E. geschönten/gefälschten Zahlen und Meldungen zuletzt eingestiegen waren.